



Christine Vogler
Präsidentin des Deutschen Pflegerats

Editorial

Wegweisende Zeiten

Die Profession Pflege steht vor wegweisenden Zeiten. Die Herausforderungen sind groß – gemeinsam können wir sie meistern! Bis 2034 brauchen wir rund 500.000 zusätzliche Pflegekräfte, um die Versorgung in Deutschland zu sichern.

Wir müssen die Pflegeprofession mit besseren Rahmenbedingungen, mehr Anerkennung und einer Stärkung der beruflichen Kompetenzen zukunftsfähig machen. Jetzt ist die Zeit für mutige Schritte. Die ersten 100 Tage der neuen Bundesregierung sind entscheidend.

Der Deutsche Pflegerat setzt sich mit den Pflegekammern und Landespflegeräten dafür ein, dass beruflich Pflegende die Wertschätzung, Unterstützung und rechtliche Absicherung erhalten, die sie verdienen. Das bedeutet faire Bezahlung, mehr Eigenständigkeit und eine spürbare Entlastung im Arbeitsalltag. Pflege ist keine Kostenstelle – sie ist eine tragende Säule unseres Gesundheitswesens und ein wichtiger Beitrag für das Wohl unserer Gesellschaft.

Die Weichen für eine zukunftsfähige Pflege sind gestellt, nun braucht es den politischen Willen zur Umsetzung. Der Ball liegt bei der Politik. Mit klaren Forderungen setzen wir uns dafür ein, die Pflegeprofession zu stärken, den Beruf attraktiver zu machen und die Versorgungsqualität zu verbessern. Eine starke Pflege bedeutet eine starke Gesellschaft.

Machen Sie mit! Folgen Sie uns auf Instagram, Facebook, YouTube und Bluesky. Dort teilen wir aktuelle Entwicklungen, setzen uns für die Profession Pflege ein und machen sie sichtbar. Gemeinsam gestalten wir eine starke Zukunft für die Pflege.

Christine Vogler
Präsidentin des Deutschen Pflegerats



In Kooperation mit

Heilberufe
Pflege einfach machen.

IM FOKUS

Im Rechtssystem benachteiligt

Ein Urteil des Landessozialgerichts Nordrhein-Westfalen zeigt eine gravierende Ungleichbehandlung: Während stationäre Einrichtungen Pflegeleistungen abrechnen können, bleiben ambulante Dienste, trotz geleisteter Arbeit, auf ihren Kosten sitzen, wenn der Pflegebedürftige vor der Kostenzusage des Sozialhilfeträgers verstirbt. Unser Rechtssystem hat hier eine gravierende Lücke, die geschlossen werden muss.

Ambulante Pflegedienste erbringen somit oft Leistungen ohne Garantie auf Vergütung. Würden sie die Pflege verweigern, weil die Kostenzusage fehlt, blieben viele Pflegebedürftige und Patienten ohne Versorgung. Es ist untragbar, dass ambulante Dienste auf Erben oder Gerichte angewiesen sind, um offene Rechnungen zu begleichen.

Es ist zudem nicht nachvollziehbar, dass defizitäre personelle und digitale Strukturen der Sozialhilfeträger zulasten der hilfebedürftigen Menschen und der Pflegedienste gehen. Wir fordern daher eine umgehende gesetzliche Klarstellung und Schließung dieser Schwachstelle im Gesetz.

Sozialhilfeträger dürfen generell weder stationäre Pflegeeinrichtungen noch ambulante Pflegedienste in eine finanzielle Zwangslage bringen, weil sie es nicht schaffen, zeitnah die erforderlichen Kostenzusagen auszustellen. Pflegekräfte müssen für ihre Arbeit bezahlt werden. Dafür muss das Geld für die erbrachten Leistungen eingehen. Alles andere ist ein fatales Signal für alle Beteiligten.

Annemarie Fajardo
Vize-Präsidentin des Deutschen Pflegerats (DPR)

Profession Pflege nachhaltig stärken

DPR schlägt Formulierung für Koalitionsvertrag vor

Was braucht es, damit die gesundheitliche und pflegerische Versorgung in Deutschland sicher ist? Welche entscheidende Rolle kann hierbei die Profession Pflege einnehmen? Welche politischen Entscheidungen müssen jetzt getroffen werden, damit die Profession Pflege diese Rolle tatsächlich wahrnehmen kann und nachhaltig gestärkt wird?

Der Deutsche Pflegerat hat sich diesen zentralen Fragen gestellt. Die Impulse zeigen, wie ein zukunftsfähiger Koalitionsvertrag für die Profession aussehen könnte – mit klaren Maßnahmen, verbindlichen Zielen und einem politischen Bekenntnis zur Stärkung der Profession Pflege. Zu finden ist das Impulspapier unter deutscher-pflegerat.de. Zum ersten Mal enthält ein solches Papier einen Vorschlag für einen Passus im Koalitionsvertrag aus Sicht der Pflegeberufe.

Geleitet hat uns dabei der Kern unserer Arbeit, denn die Pflege ist ein Fundament unserer Gesellschaft. Hier müssen wir, einschließlich der Politik, jetzt gemeinsam Verantwortung übernehmen.

Über 31 Millionen Menschen in Deutschland sind jährlich auf eine stabile pflegerische Versorgung angewiesen – sei es durch professionelle Versorgung in Kliniken, Pflegeeinrichtungen und häuslicher Pflege oder als pflegende Zu- und Angehörige. Pflege ist nicht nur eine soziale Notwendigkeit, sondern ein zen-

traler Stützpfeiler unseres Gesundheitswesens, unserer Wirtschaft und unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts. Ohne eine starke Pflegeprofession drohen gravierende Folgen für die Gesundheitsversorgung, den Arbeitsmarkt und die soziale Sicherheit in Deutschland. Die Pflegeberufe stehen jedoch unter massivem Druck: Fachkräftemangel, hohe Arbeitsbelastung und unzureichende rechtliche Rahmenbedingungen gefährden die Versorgungssicherheit und führen dazu, dass immer mehr Pflegende den Beruf verlassen.

Gleichzeitig übernehmen Millionen von Menschen Pflegeaufgaben zu Hause, weil professionelle Strukturen fehlen. Dies belastet Familien, entzieht dem Arbeitsmarkt dringend benötigte Fachkräfte und erhöht die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern, da insbesondere Frauen zwischen Erwerbsarbeit und unbezahlter Sorgearbeit aufgerieben werden.

Pflege als Stützpfeiler der Demokratie und der Gesellschaft

Pflege ist eine Gesundheitsfrage – aber sie ist auch eine Frage der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, der sozialen Gerechtigkeit und der demokratischen Verantwortung. Eine Gesellschaft, die ihr Gesundheits- und Pflegesystem nicht stabil hält, gefährdet ihren sozialen Zusammenhalt, die Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Leben und insgesamt die Demokratie.

Die neue Bundesregierung muss deshalb eine Trendwende für die Pflege einleiten. Sie steht in der Pflicht, die Pflegeprofession als eigenständige und unverzichtbare Säule des Gesundheitssystems zu stärken. Das bedeutet:

Pflegekompetenzgesetz: Mehr Autonomie und selbstständige Berufsausübung für die Pflegeprofession



Die neue Bundesregierung muss eine Trendwende für die Pflege einleiten.

Einheitliche Bildungsstandards: Hochqualifizierte Bildungsstandards im gesamten Bundesgebiet sicherstellen

Gesetzliche Personalbemessung: Bedarfsgerechte und refinanzierte Personalschlüssel in allen Bereichen verankern

Public Health stärken: Präventive und gemeindenahere Versorgungsmodelle fördern

Neue Berufsbilder etablieren: Community Health Nurses und Advanced Practice Nurses einführen

Attraktive Arbeitsbedingungen schaffen: Qualifikationsmix fördern, Handlungskompetenzen erweitern, Bürokratie abbauen und die Pflegeprofession entlasten und wertschätzen

Selbstverwaltung stärken: Pflege vollumfänglich in die Selbstverwaltung des Gesundheitswesens aufnehmen, ihre Vertretung auf Bundesebene mit dem Deutschen Pflegerat und den bestehenden Landespflegekammern eindeutig regeln und mit den notwendigen Ressourcen ausstatten

Digitalisierung ganzheitlich umsetzen: Flächendeckende digitale Infrastruktur und funktionierende Schnittstellen schaffen, Finanzierung sicherstellen

Grundrecht auf Pflege verankern: Gute pflegerische Versorgung und gute Rahmenbedingungen für Pflegende als Verfassungsrecht festlegen.

Gesetze schnell umsetzen

Der Koalitionsvertrag muss den Rahmen für eine zukunftsfähige Pflegepolitik schaffen. Er muss die bereits bestehenden Gesetzesentwürfe aufgreifen, darunter das Pflegekompetenzgesetz und das Pflegefachassistenteneinführungsgesetz, die aus unserer Sicht innerhalb der ersten 100 Tage der neuen Regierung erneut ins parlamentarische Verfahren eingebracht werden müssen.

Das Pflegekompetenzgesetz ist dabei ein zentraler Schritt zur gesetzlichen Verankerung der Handlungsautonomie und Selbstständigkeit der Pflegefachpersonen. Es muss sicherstellen, dass Pflegefachpersonen ihre Kompetenzen eigenständig und rechtssicher ausüben können wie auch neue Versorgungsstrukturen ermöglichen.

Pflege als Investition in die Zukunft Deutschlands

Pflege darf nicht länger als Kostenstelle betrachtet werden, sondern muss als Investition in die soziale und wirtschaftliche Zukunft Deutschlands verstanden werden. Die Profession Pflege nachhaltig zu stärken, Bürokratie abzubauen, neue Versorgungsmodelle zu etablieren und pflegende An- und Zugehörige als gleichberechtigte Partner einzubeziehen, zu unterstützen und zu entlasten –

all das muss Ziel des politischen Handelns sein. Eine starke Pflegeprofession bedeutet:

- Gesundheitsversorgung auf hohem Niveau zu sichern – in Kliniken, Pflegeeinrichtungen und der ambulanten Versorgung.
- Den Arbeitsmarkt zu stabilisieren, weil pflegende An- und Zugehörige entlastet werden und ihre beruflichen Perspektiven erhalten bleiben.
- Gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen, indem Pflegebedürftige, pflegende An- und Zugehörige und beruflich Pflegende gemeinsam tragfähige Lösungen entwickeln.
- Pflegebedürftigkeit frühzeitig zu verhindern, durch Nutzung der Kompetenzen der beruflich Pflegenden in der Prävention.

Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der die Arbeit der Profession Pflege als unverzichtbarer Beitrag zu Gesundheit, Wohlstand und Demokratie anerkannt wird.

Jetzt ist die Zeit zu handeln – für eine starke Pflegeprofession, für ein gesundes Morgen, für eine gerechte Gesellschaft und ein zukunftssicheres Deutschland.

deutscher-pflegerat.de

NEWS

Verbände fordern Staatsminister für Pflege

Verbände aus der Pflegebranche haben einen gemeinsamen Forderungskatalog an die künftige Bundesregierung formuliert. Zur Stärkung der Pflege soll es auch einen Staatsminister im Kanzleramt geben. Der Bundesverband Pflegemanagement, der Deutsche Pflegeverband (DPV), der Katholische Pflegeverband und der Verband der Pflegedirektoren der Unikliniken (vpu) betonen, dass die Herausforderungen in der Pflege eine zentrale Aufgabe der neuen Bundesregierung sein müssen. Die vier Kernforderungen lauten: Anerkennung und Ausbau pflegerischer Kompetenzen, eine zukunftsorientierte Personal- und Ausbildungspolitik, die in-

stitutionelle Stärkung der Profession Pflege sowie eine sichere Finanzierung der Gesundheitsversorgung und stabile Versorgungsstrukturen. Um die Pflege institutionell zu festigen, soll die Selbstverwaltung gestärkt werden. Die Verbände fordern auch ein eigenes Leistungsrecht für Pflegefachpersonen. Sie verweisen auf die „erhebliche ökonomische Bedeutung“ der Gesundheitswirtschaft für Deutschland mit einer Bruttowertschöpfung von knapp 435,5 Milliarden €. Die Gesundheitswirtschaft sei weiterhin eine „Wachstumsbranche auf Expansionskurs“. Das finde in der öffentlichen Diskussion jedoch zu wenig Beachtung, heißt es.

bv-pflegermanagement.de

Pflegetag Hamburg

Auftakt für die jährlichen Pflgetage des DBfK Nordwest ist traditionell der in Hamburg. In diesem Jahr fand er nach der Bundestagswahl und nach der Bürgerschaftswahl statt, weswegen die gesundheits- und pflegepolitischen Absichten der Politik auf Bundes- und Landesebene auf dem Pflgetags diskutiert wurden. „Wie schon vor der Bundestagswahl war auch in Hamburg der gesamte Komplex Gesundheit und Pflege kaum Thema im Wahlkampf“, sagt Swantje Seismann-Petersen, stellvertretende Vorsitzende des DBfK Nordwest. Dabei brenne es jetzt schon an vielen Ecken und Enden.

dbfk.de

NEWS

Posterwettbewerb 2025

Nach dem großen Erfolg im vergangenen Jahr startet der Poster-Wettbewerb „#Pflege bleibt innovativ – Dein Impuls für die Zukunft der Pflege!“ 2025 in die nächste Runde. Der Deutsche Pflegerat und die Bundespflegekammer suchen deine innovative Idee für die Zukunft der Pflege.

Welche Veränderungen brauchen wir, um als beruflich Pflegenden zukunftsfähig zu bleiben? Welche innovativen Impulse können die Versorgung verbessern und die Prävention stärken? Jetzt hast du die Chance, mitzugestalten. Reiche deine Idee bis zum 30. Juni 2025 ein und werde mit etwas Glück für die Posterausstellung beim Deutschen Pflergetag am 5. und 6. November 2025 in Berlin nominiert! Die besten drei Poster werden dort ausgezeichnet.

deutscher-pflegerat.de
deutscher-pflegetag.de

Pflegepreis NRW

Die Pflegekammer Nordrhein-Westfalen zeichnet erneut herausragendes Engagement im Pflegeberuf aus. Im Mittelpunkt steht in diesem Jahr das Thema Ethik in der Pflege. Am 12. Mai, dem „Internationalen Tag der Pflegenden“, werden die Preisträgerinnen bzw. Preisträger in Düsseldorf-Kaiserswerth gekürt.

pflegekammer-nrw.de

Impressum

Herausgeber: Deutscher Pflegerat (DPR) Bundesarbeitsgemeinschaft Pflege- und Hebammenwesen

Inhalt: Christine Vogler (verantwortlich)
 Alt-Moabit 91, 10559 Berlin
 („Haus der Gesundheitsberufe“)
 Tel.: 030 398 77 303; Fax 030 398 77 304
www.deutscher-pflegerat.de

„Pflege Positionen“ – Der offizielle Newsletter des DPR erscheint in Kooperation mit HEILBERUFE.

Verlag: Springer Medizin Verlag GmbH
 Heidelberger Platz 3, 14197 Berlin
 Tel.: 030 827875500, Fax: 030 827875505

Chefredakteurin: Katja Kupfer-Geißler
 Heidelberger Platz 3, 14197 Berlin
 Tel.: 030 82787 5500, Fax: 030 82787 5505
www.springerpflege.de

21. Mitglied begrüßt

Deutscher Pflegerat wächst weiter

Der Deutsche Pflegerat (DPR) begrüßt die Deutsche Fachgesellschaft Psychiatrische Pflege e.V. (DFPP) als neues Mitglied. Damit umfasst das Netzwerk des DPR nun 21 maßgebliche Institutionen und Berufsverbände aus Pflege, Hebammenwesen und Pflegewissenschaft im Bund und in den Ländern.

Die Präsidentin des Deutschen Pflegerats (DPR), Christine Vogler: „Wir freuen uns sehr, die Deutsche Fachgesellschaft Psychiatrische Pflege (DFPP) als neues Mitglied im DPR zu begrüßen. Das ist ein wichtiger Schritt. Dadurch fließt wertvolle Expertise in unser Netzwerk ein. Die psychiatrische Pflege spielt eine zentrale Rolle in der Gesundheitsversorgung. Gemeinsam mit der DFPP werden wir uns für eine starke, zukunftsorientierte Pflege einsetzen und die Interessen der professionell Pflegenden mit einer vereinten Stimme vertreten.“

Psychiatrische Versorgung maßgeblich verbessern

Dorothea Sauter, Präsidentin der DFPP: „In der Gesundheitsversorgung und Pflegepolitik gibt es hohen Handlungsbedarf, aktuell ist vieles in Bewegung. Uns ist wichtig, dass der Deutsche Pflegerat auch bei psychiatrisch relevanten Pflergethemen die Interessen aller Betroffenen, der Patient*innen und der Pflegefachpersonen, stark vertreten kann. Erweiterte Aufgaben, Handlungsmöglichkeiten und Kompetenzen der Pflege können die psychiatrische Versorgung maßgeblich verbessern. Wir bringen gerne unsere Expertise für psychiatrische Fragen auf Bundes- und Landesebene ein.“

Das macht die DFPP

Die Deutsche Fachgesellschaft Psychiatrische Pflege (DFPP) setzt sich für die

Weiterentwicklung der psychiatrischen Pflege ein. Ihr Ziel ist es, die Unterstützung für Menschen mit besonderen psychischen Gesundheits Herausforderungen zu verbessern und den Beitrag der psychiatrischen Pflege zu stärken.

Prävention von psychischen Krankheiten und Krisen

Menschen mit psychischen Erkrankungen oder Einschränkungen und ihre Bezugspersonen sollen die notwendige Hilfe und die befähigende Begleitung erhalten, um ihren Alltag selbstbestimmt zu gestalten. Sie sollen im nicht-stigmatisierenden Umfeld Wohlbefinden erfahren und sich in ihren persönlichen Hoffnungen und Zielen wie auch in ihren individuellen Genesungswegen unterstützt fühlen. Pflegehandeln dient diesen Zielen ebenso wie der Prävention von psychischen Krankheiten und Krisen.

Die DFPP fördert die Entwicklungen in der psychiatrischen Pflege durch Positionspapiere, Praxisempfehlungen, Stellungnahmen und die Vernetzung innerhalb des Berufsstandes. Sie unterstützt die Entwicklung, Dissemination und Implementierung ethischer Standards und fachlicher Empfehlungen. Mit Regionalgruppen in neun Bundesländern ist die DFPP sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene vertreten.

deutscher-pflegerat.de
dfpp.de